



Pressemitteilung

Hamburg, 1. Mai 2018

Sperrfrist: 1. Mai 2018, 12 Uhr/Redebeginn

Hans-Jürgen Urban: Politik korrigiert kleine Fehler und kapituliert vor neuen Aufgaben

Hamburg – „Die neue Bundesregierung gibt keine angemessene Antwort auf Probleme, die die Menschen bedrücken und verunsichern. Das Regierungsprogramm bietet Chancen im Kleinen, aber Leerstellen im Großen. Es korrigiert alte Fehler, aber es kapituliert vor den neuen Aufgaben“, sagte Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, in seiner Rede auf der Maikundgebung des DGB in Hamburg. Die Kundgebung steht in diesem Jahr unter dem Motto „Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit“.

Positiv ist nach Ansicht von Urban, dass für Bildung mehr Geld bereitgestellt werden und der Absturz des Rentenniveaus gestoppt werden sollen. Auch begrüßt er die Wiedereinführung der Parität in der Krankenversicherung. Doch das allein reicht nicht. Die Politik müsse mehr tun, um die Gerechtigkeitslücke in Deutschland zu schließen und Unsicherheiten abzubauen. „Die Beschäftigung ist auf einem Höchststand, aber vor allem wegen der Explosion bei Leiharbeit, Werkverträgen und Niedriglöhnen. Die Einkommen sind gestiegen, aber die Kaufkraft der unteren 30 Prozent ist gesunken. Das Geldvermögen liegt netto bei über fünf Billionen Euro. Davon besitzt das reichste Zehntel mehr als die Hälfte, die untere Hälfte geht dagegen fast leer aus“, kritisiert Urban.

Von der Politik erwartet der Gewerkschafter Reformen, um prekäre Beschäftigung einzudämmen und die gesetzliche Rente zu festigen. Urban: „Wir wollen eine verlässliche und auskömmliche Rentenversicherung, auf die sich alle Generationen, auch die Jungen, verlassen können.“ In die gesetzliche Alterssicherung müssten alle Erwerbstätigen einbezogen werden, auch Selbstständige, Freiberufler und Beamte, zudem müsse das Rentenniveau wieder steigen. Nötig seien auch flexible Ausstiegsmöglichkeiten mit akzeptablen Renten vor dem 67. Lebensjahr. Auch im Gesundheitssystem müsse der Gedanke der Solidarität gestärkt werden, fordert



Urban. Das Ziel müsse sein, die gesetzliche Krankenversicherung zur solidarischen Bürgerversicherung auszubauen, die alle einschließt.

Eine deutliche Absage erteilte Urban der Forderung der Arbeitgeber nach der Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes mit dem Ziel, den 8-Stunden-Tag und die 11-Stunden-Ruhezeit abzuschaffen. Die Digitalisierung mache die Arbeitswelt nicht automatisch schöner, heller und bunter, ist der Gewerkschafter überzeugt.

Tatsächlich hätten Arbeitsverdichtung und Stress so stark zugenommen, dass Burnout zur Volkskrankheit zu werden drohe. Urban: „Das Recht auf Gesundheit ist kein Luxusgut für Schönwetterperioden.“

Die Politik dürfe sich auch bei der Finanzierung der Infrastruktur nicht aus der Verantwortung ziehen. An vielen Ecken und Enden müsse investiert werden: in Kitas, Schulen und Hochschulen, in den öffentlichen Personen- und Güterverkehr und in den öffentlichen Wohnungsbau. „Die Wohnungsfrage ist die soziale Frage unserer Zeit“, sagte Urban. Mit einem schlanken Staat seien diese Investitionslücken nicht zu schließen, wohl aber mit einem Staat, der hohe Einkommen stärker besteuert und Vermögen wieder der Besteuerung unterwirft.